

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 1, 2012

1. Niedersachsen

1.1. Islamische Religion wird ordentliches Schulfach

Zum Schuljahr 2012 soll in Niedersachsen das Fach Islamische Religion als ordentliches Lehrfach eingeführt werden. Das teilte das Kultusministerium mit. Erstmals tagte Ende Januar in Hannover ein Beirat, in dem die beiden niedersächsischen Islamverbände DITIB und Schura vertreten sind.

„Mit der Gründung des gemeinsamen Beirats ist der Weg für das neue Fach ‚Islamische Religion‘ in Niedersachsen geebnet“, sagte Kultusminister Bernd Althusmann (CDU). Der Unterricht werde auf Basis des Grundgesetzes in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern erteilt. „Das Land Niedersachsen will in unseren Schulen damit einen Beitrag zur Integration und zur religiösen Bildung leisten“, so Althusmann. Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen sei Niedersachsen Vorreiter bei der Einführung des Unterrichts als reguläres Schulfach.

In Niedersachsen gibt es nach Angaben des Ministeriums rund 49.000 Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens. Der Religionsunterricht soll vom Schuljahr 2013/2014 an zunächst an den Grundschulen und ein Jahr später in den Klassen 5 bis 10 eingeführt werden. Bereits seit 2003 läuft ein Modellversuch an mittlerweile 43 Grundschulen.

Von einem „historischen Tag“ sprach der Vorsitzende des Landesverbandes der Muslime in Niedersachsen (Schura), Avni Altiner. Der Vorsitzende des DITIB-Landesverbandes, Yilmaz Kiliç, erklärte, jetzt herrsche endlich „Normalität in der Schule“. Für die in Deutschland lebenden Muslime sei die Einführung des Faches Islamische Religion „ein wichtiger Schritt zu ihrer Anerkennung in der hiesigen Gesellschaft“.

Auch die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers begrüßt die Einführung des Islamischen Religionsunterrichtes. Bildungsdezernentin Kerstin Gäfgen-Track sagte dem Evangelischen Pressedienst, die Evangelische Kirche habe bereits den Modellversuch unterstützt. „Jedes Kind hat ein Recht auf eine religiöse Erziehung. Der Staat kann das allein nicht leisten, sondern nur zusammen mit den Religionsgemeinschaften“, erklärte Gäfgen-Track. Wichtig für einen historisch-kritischen Unterricht sei, dass die Lehrer an einer Universität ausgebildet werden. Dies werde den Dialog zwischen den Religionen fördern ([mehr](#)).

1.2. „Religionen im Gespräch“ beginnt mit Frage nach einer „christlich-jüdischen Leitkultur“

Zum Start der Veranstaltungsreihe „Religionen im Gespräch“ diskutieren Landesbischof Ralf Meister, Landesrabbiner Jonah Sievers und der Schura-Vorsitzende Avni Altiner die Frage nach der Notwendigkeit einer christlich-jüdischen Leitkultur. „Streit um den Islam. Brauchen wir eine christlich-jüdische Leitkultur?“ ist der Titel der Podiumsdiskussion, die am 16. Februar um 19 Uhr die neue Dialogreihe im Haus der Religionen in Hannover eröffnen wird.

„Mit ‚Religionen im Gespräch‘ wollen wir den Interreligiösen Dialog stärker in der Gesellschaft verankern“, sagt der Initiator und Moderator der Gespräche, Wolfgang Reinbold, vom Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. „Daher haben wir uns entschlossen, eine eigene Internetseite einzurichten, auf der wir Ausschnitte aus den Diskussionen in Videos zeigen werden“. Dazu gebe es Mitschriften der Dialoge, Hintergrundinformationen und die Möglichkeit zum Mitreden ([mehr](#)).

Veranstalter von „Religionen im Gespräch“ sind das Haus kirchlicher Dienste der Evangelischen Landeskirche und das Haus der Religionen in Hannover. Geplant sind zunächst fünf Gespräche pro Jahr. Die Gespräche sind öffentlich. Wer live dabei sein will, wird gebeten, sich unter info@religionen-im-gespraech.de anzumelden. Internet: www.religionen-im-gespraech.de.

1.3. Katholische Kirche unterstützt Haus der Religionen

Seit Anfang des Jahres verstärkt eine Mitarbeiterin der katholischen Kirche das Team im Haus der Religionen in Hannover. Die Sozialpädagogin Cordula Canisius-Yavuz ist vom „Tabor“, dem Zentrum der Katholischen Jugend, zum Haus der Religionen gewechselt. „Wir sind sehr interessiert am Projekt ‚Haus der Religionen‘ und wollen es unterstützen“, erklärte der katholische Propst Martin Tenge in einer Pressemitteilung. „Frau Canisius-Yavuz wird eine Brückenbauerin zwischen den katholischen Gemeinden und Einrichtungen und dem Haus der Religionen sein“.

Cordula Canisius-Yavuz bringt langjährige Erfahrungen in der interkulturellen Jugend- und Familienarbeit mit. Im „Tabor“ hat sie die interkulturelle Mädchengruppe und die Lernwerkstatt geleitet. Nicht zuletzt aus ihrer eigenen Familie, in der zwei Religionen gelebt werden, weiß sie: „Es gibt nicht ‚die‘ Muslime oder ‚die‘ Christen. Wir werden hier Vorträge und Diskussionen veranstalten. Aber jeder muss auch selbst seine Nachbarn aufsuchen und fragen, wie sie denken“ ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Universität Tübingen eröffnet Islam-Zentrum

In Tübingen ist das bundesweit erste Zentrum für Islamische Theologie offiziell eröffnet worden. Das Zentrum sei ein wichtiges Zeichen dafür, dass religiöse Vielfalt für die Gesellschaft keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung sei, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) bei der Eröffnungsfeier. Darüber hinaus sei es ein „Zeichen für den Respekt vor der Religion des Islam“.

Seit Oktober 2011 studieren 23 Frauen und 13 Männer den achtsemestrigen Bachelorstudiengang „Islamische Theologie“. Neben Tübingen sollen in diesem Jahr Islamische Zentren an den Universitäten Osnabrück/Münster, Erlangen-Nürnberg und Frankfurt/Gießen an den Start gehen. Dafür will der Bund in den kommenden Jahren insgesamt rund 20 Millionen Euro für Professuren, Mitarbeiterstellen und den wissenschaftlichen Nachwuchs bereitstellen.

Rauf Ceylan vom Zentrum für interkulturelle Islamstudien an der Universität Osnabrück forderte für die Ausbildung von Imamen und Religionslehrern qualitativ hohe Maßstäbe. Die Lehre müsse sich am Grundkonsens der Muslime in Deutschland orientieren und Antworten auf deren Lebenswirklichkeit liefern, sagte Ceylan im Deutschlandradio Kultur. Der Großmufti von Sarajevo, Mustafa Ceric, erklärte in seinem Grußwort, das neue Zentrum könne Brücken bauen zwischen Muslimen und der deutschen Mehrheitsgesellschaft sowie zwischen der muslimischen Welt und Europa. Bekir Alboga, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland, sagte, zwar sei die Anerkennung des Islams in der Universitätslandschaft erfreulich. Es sei jedoch traurig, dass die Muslime juristisch noch nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt werden (epd 8/2012).

Als erster Professor wurde der Koranwissenschaftler Omar Hamdan berufen. Hamdan, Jahrgang 1963, studierte Islamwissenschaft und Arabistik in Jerusalem und vergleichende Religionswissenschaft in Tübingen. Ab dem Wintersemester 2012/2013 wird die aus Mazedonien stammende Lejla Demiri eine Professur für „Islamische Glaubenslehre“ übernehmen. Demiri studierte islamische Theologie in Istanbul, katholische Theologie in Rom und promovierte in Vergleichender Theologie an der Universität Cambridge. Darüber hinaus werden zwei Juniorprofessoren die Fächer „Islamisches Recht“ sowie „Geschichte und Gegenwartskultur des Islam“ unterrichten ([mehr](#)).

Über die fachliche Kompetenz der Dozenten entscheidet die Berufungskommission der Universität. Hinzugezogen wird das Urteil eines siebenköpfigen muslimischen Beirats, der das Recht hat, einen Kandidaten wegen „bekenntnisrelevanter Fragen“ abzulehnen. Vorsitzender des Beirates ist Suleyman Tenger, einer der Religionsbeauftragten der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) ([mehr](#)).

Kritiker werfen der Universität vor, der Sache mit dieser Konstruktion keinen Dienst erwiesen zu haben. Es bestehe die Gefahr, dass in Tübingen eine „weithin unkritische islamische Theologie“ etabliert werde, sagte Friedmann Eißler von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin. Es sei zudem ein falsches Signal, wenn die türkische Religionsbehörde den Vorsitzenden des Beirates stelle ([mehr](#)).

2.2. Stuttgart: Integrationsministerin fordert Kirchen auf, Muslime einzustellen

Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hat die Kirchen aufgefordert, in ihren Alten- und Pflegeheimen mehr Muslime einzustellen. Dass die großen kirchlichen Sozialverbände oftmals nur Christen einstellten, sei ein „gravierendes Problem“, weil dies viele andersgläubige Migranten aus diesem Berufsfeld ausschließe, sagte sie der Süddeutschen Zeitung während der Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht in Stuttgart. „Da müssen sich die Kirchen öffnen – das kann ich ihnen aber nicht vorschreiben, sondern nur dafür werben“, so die Ministerin.

Kirchliche Sozialverbände wie Diakonie und Caritas betreiben einen Großteil der sozialen Einrichtungen in Deutschland. Angesichts vieler arbeitsloser Migranten sei eine „zeitgemäße Interpretation“ der kirchlichen Regeln nötig, fast ausschließlich auf Menschen der eigenen Konfession zu setzen, sagte Öney. Zuvor hatte bereits der frühere Bundesverfassungsrichter Brun-Otto Bryde die Kirchen aufgefordert, ihre Einstellungspraxis zu überprüfen. „Wir sperren da ein ganzes Berufsfeld für Migranten, das sehr chancenreich wäre – gerade für Migrantinnen“, sagte Bryde (SZ 30.1.12).

2.3. Holland beschließt Burka-Verbot

Das holländische Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der das Tragen einer Burka verbietet. Ein Verstoß gegen das Verbot kann danach mit einer Geldstrafe von bis zu 340 Euro geahndet werden. Der Gesetzentwurf muss noch vom Parlament verabschiedet werden.

Innenministerin Spies teilte nach dem Kabinettsbeschluss mit, das Verbot gelte für jede Kleidung, die das Gesicht bedecke, auch für Biwakmützen und Helme. Ausnahmen gebe es für Verkleidungen an Karneval und Nikolaus. Das Verbot sei von größter Wichtigkeit, auch wenn es nur wenige Frauen betreffe, sagte die Ministerin. In einer offenen Gesellschaft müssten die Bürger sich unverhüllt begegnen.

In Frankreich und Belgien sind Burka-Verbote bereits Gesetz. In Deutschland macht sich die CDU in Hessen für ein Verbot stark. In den Niederlanden gehört ein Burka-Verbot zu den Forderungen der rechtspopulistischen „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders, auf deren Tolerierung die Regierung von Christdemokraten und Rechtsliberalen angewiesen ist. Wilders bezeichnete den Beschluss des Kabinetts als „fantastische Neuigkeit“.

Der Staatsrat, das höchste Beratungsorgan der niederländischen Regierung, hatte von einem Gesetz abgeraten. Nach Ansicht der Juristen verstößt es gegen die Freiheit der Religionsausübung. Dagegen argumentierte die Regierung, die Europäische Menschenrechtskonvention lasse eine Einschränkung der Religionsfreiheit zu, wenn dies im Interesse der öffentlichen Ordnung sei ([mehr](#)).

2.4. Berliner Koranforscherin: Islam ist Teil des europäischen Erbes

Für die Berliner Arabistikprofessorin Angelika Neuwirth ist der Islam ein Teil des europäischen Erbes. Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk sagte die Leiterin des Projekts „Corpus Coranicum“, der Koran sei im mediterranen, jüdisch-christlich geprägten Milieu der Spätantike entstanden, aus dem sich „Europa“ entwickelte. „Ich betone so gerne das Europäische, weil wir oft vergessen, dass das, was wir später als ‚Islam‘ abgrenzen, ebenso sehr auf der Basis der Antike steht wie die sich entwickelnde europäische Kultur“, so Neuwirth. „Der Islam wird dadurch zum Islam, dass er aus dem gleichen jüdisch-christlichen Fonds zehrt, aber neue Antworten findet“ ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- München: Gericht stoppt Verbeamtung eines muslimischen Lehrers ([mehr](#))
- Berlin: Andreas Goetze zum Landespfarrer für Interreligiösen Dialog ernannt ([mehr](#))
- Berlin: Prozess gegen mutmaßliche Gründer des deutschen Ablegers von Al Qaida ([mehr](#))
- Köln: Kardinal Meisner nimmt Kritik an muslimischen Verbänden zurück ([mehr](#))
- Frankfurt: Salafisten werben auf der Zeil ([mehr](#))
- Hamburg: Wirbel um geplantes „Islamisches Einkaufszentrum“ in Harburg ([mehr](#))
- Münster: Sorge um Entstehung eines salafistischen Zentrums ([mehr](#))
- Duisburg: Staatssekretärin Kaykin wegen Unregelmäßigkeiten in Marxloher Moschee unter Druck ([mehr](#)).

3. Veranstaltungen

3.1. Streit um den Islam. Brauchen wir eine christlich-jüdische Leitkultur?

Religionen im Gespräch

16. Februar 2012, 19 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover

Gäste: Ralf Meister, Jonah Sievers, Avni Altiner. Moderation: Wolfgang Reinbold.

Veranstalter: Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

3.2. Bibel und Koran im Dialog

1. Februar – 18. Juli 2012, 19.30 Uhr, zweiwöchentlich (Termine [hier](#))

Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover.

3.3. Prediger des Islam. Imame in Deutschland

10. Februar 2012, 17 Uhr, Clemenshaus, Leibnizufer 17 B, Hannover

Referent: Rauf Ceylan, Universität Osnabrück.

3.4. Jung, begabt und religiös

Was erwarten wir von unserer Tradition und unserer Gesellschaft?

39. Internationale Tagung zum Dialog von Juden, Christen und Muslimen in Europa

19.–25. März 2012, Evangelische Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof, Solingen

Veranstalter: Leo Baeck College, London; Deutsche Muslim-Liga, Bonn; Centre for the Study of Islam and Christian-Muslim-Relations, Universität Birmingham; Ökumenische Werkstatt Wuppertal ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

Th. Bauer, Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams, Berlin 2011 ([Rezension](#)).

Hannover, den 31. Januar 2012

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.